

**XPersonenstand, CR 44/2019, Nachrichten ohne inländischen Registereintrag****1. Rechtsgrundlagen**

Bei den familienrechtlichen Erklärungen nach den §§ 41, 42, 43, 45, 45a, 45b PStG geht es immer um nachträgliche Änderungen von Namen, das heißt Änderungen nach der Erstbeurkundung der Eheschließung oder der Geburt (für das Lebenspartnerschaftsregister gelten die Regelungen für das Eheregister entsprechend und werden im Folgenden nicht mehr angegeben).

Ist für die Entgegennahme der Erklärung ein deutsches Standesamt zuständig, gelten die Mitteilungspflichten der §§ 57 und 58 PStV durch den registerführenden Standesbeamten nach Eintragung der Folgebeurkundung über die Namensänderung. Grundlage der Folgebeurkundung ist die beglaubigte Abschrift der Erklärung nach § 45 PStG.

Ist das Standesamt des Wohnsitzes (oder früheren Wohnsitzes) zuständig, weil es keinen deutschen Eintrag gibt, hat dieses Standesamt dann auf Grundlage der Beurkundung der Erklärung dieselben Mitteilungspflichten wie ein registerführendes Standesamt sie hätte (§ 62 Abs. 1 PStV i.V. mit §§ 57 und 58 PStV).

**2. Beteiligte Personen und Register****2.1 Namensführung von Ehegatten**

Die §§ 41 und 42 PStG betreffen die Namensänderung von Ehegatten und früheren Ehegatten. Die aus den Bereichen der Besonderen Beurkundungen zu versendenden Mitteilungen 016050 und 016060, 016070 und 016080 betreffen deren Kinder, wenn die Eheschließung (beziehungsweise Begründung der Lebenspartnerschaft) nicht in Deutschland beurkundet wurde.

**2.2 Namensführung des Kindes**

Der § 45 PStG betrifft Namensänderungen des minderjährigen wie volljährigen Kindes. Ist die Geburt des Kindes nicht in Deutschland beurkundet, hat das zuständige Standesamt am Wohnsitz oder früheren Wohnsitz des Kindes die Mitteilungspflichten an den Eheeintrag zu berücksichtigen sowie an den Geburtseintrag von Kindern des Kindes, auf deren Namen sich die Namensänderung des Elternteils (hier des Kindes) erstreckt. Die zu versendenden Mitteilungen 016020 und 016030 betreffen den Eheeintrag beziehungsweise Lebenspartnerschaftseintrag des Kindes, die Nachricht 016040 den Geburtseintrag des Kindes des Kindes.

**2.3 Nachricht 016010 - § 62 Abs. 1 PStV**

Mit der Nachricht 016010 wird dem Geburtseintrag der Elternteile für die Eintragung eines Hinweises das im Ausland geborene und dort beurkundete Kind mitgeteilt, unabhängig von der Art der Namensänderung des Kindes.

**3. Nachricht 016090**

Die neue Nachricht 016090 ist ein Versuchsballon. Mit dieser Nachricht soll erstmals die beglaubigte Abschrift einer Namenserklärung, hier der

Anschlussklärung des Kindes an die Ehenamensbestimmung der Eltern, die dem Geburtsstandesamt des Kindes zur Entgegennahme zugesandt wird, durch eine XPS-Nachricht ersetzt werden.

Während die anderen Nachrichten aus den Bereichen der Besonderen Beurkundungen von Namensklärungen nur für die Fälle vorgesehen sind, für die es keinen inländischen Eintrag gibt (im Übrigen auch hier schon als Ersatz für eine beglaubigte Abschrift der Erklärung), ist diese Nachricht an das Geburtsstandesamt speziell für die Fälle vorgesehen, in denen das Standesamt zeitgleich mit der Eheschließung der Eltern die Anschlussklärung des Kindes beurkundet.

#### 4. Übersicht über die Nachrichten

Die blaue Farbe dient nur der besseren Übersicht. Die Spalte *Anmerkung XPS* weist die Abweichungen von 016er Nachrichten zu 011er und 012er Nachrichten aus.

FB = Folgebeurkundung, H = Hinweis

XPS	PStG	Beurkundung	Sachverhalt, PStV	FB	H	Anmerkung XPS
016010	45	Geburtsname	Kind an GebReg Eltern, 62, 57 Abs. 1 Nr. 1		x	Typ: Registereintrag
011010	21	Geburt	Kind an GebReg Eltern, 57 Abs. 1 Nr. 1		x	Typ: Quelleintrag
016020	45	Anschluss- erklärung	Namen an EheReg, 62, 57 Abs. 4 Nr. 1	x		
-	45a	Reihenfolge Vornamen	Namen an EheReg, 62, 57 Abs. 4 Nr. 1	x		
011040	27	Namen	Namen an EheReg, 57 Abs. 4 Nr. 1	x		
-	45b	Geschlecht, Vornamen	Geschlecht, Vornamen an EheReg, 62, 57 Abs. 4 Nr. 1	x		
011042	27	Geschlecht, Vornamen	Geschlecht, Vornamen an EheReg, 57 Abs. 4 Nr. 1	x		
016040	45	Anschluss- erklärung	Namen an GebReg Kind des Kindes, 62, 57 Abs. 4 Nr. 3	x		
011030	27	Namen	Namen an GebReg Kind des Kindes, 57 Abs. 4 Nr. 3	x		
016050	41	Ehename	Namen an GebReg Kind, 62, 58 Abs. 2 Nr. 2	x	x	Tag, Ort Ehe; Typ: Registereintrag

XPS	PStG	Beurkundung	Sachverhalt, PStV	FB	H	Anmerkung XPS
012050	16	Ehename	Namen an GebReg Kind, 58 Abs. 2 Nr. 2	x	x	Typ: Quelleintrag
016060	41	Wiederannahme	Namen an GebReg Kind, 62, 58 Abs. 2 Nr. 2	x		
012060	16	Wiederannahme	Namen an GebReg Kind, 58 Abs. 2 Nr. 2	x		
016090	45	Anschluss- erklärung	Entgegennahme GebReg, Änderung Namen, 45 Abs. 2 Satz 1 PStG	x		Ausnahme, nicht 62 PStV

## 5. Anmerkungen und Bewertung

Da die Grundlagen für die Nachrichten grundverschieden sind (Personenstandseintrag und (notarielle) Beurkundung) ist es richtig, die Nachrichten auch vom Nummernkreis her zu trennen.

Alle hier aufgezählten Nachrichten aus den Bereichen BN (Ehename) und BT (Kindesname) weisen nach Auskunft von Standesbeamten in der Praxis geringe bis sehr geringe Fallzahlen aus.

Eine Zusammenlegung der 016er Nachrichten mit den 011er und 012er Nachrichten würde für die Umsetzung im Fachverfahren keinen Vorteil bedeuten, weil wegen unterschiedlicher Datenmodelle ohnehin jeweils eigene Nachrichten implementiert werden.

Für den Anwender ist zudem die Zuordnung der Nachrichten wesentlich einfacher, wenn er aus der Nummer bereits den Zusammenhang erkennen kann.

## 6. Änderungsantrag

### 6.1 Ziel des Antrags

Der Änderungsantrag XPS CR 44/2019 verfolgt das Ziel, die Nummerierung der XPS-Nachrichten 016010 bis 016090 mit der Systematik der §§ 41 bis 45 PStG zu harmonisieren oder sie sogar durch die aus den Personenstandsregistern vorgesehenen Nachrichten zu ersetzen.

### 6.2 Änderung des Antrags

Eine Harmonisierung der Nachrichtennummern ist aus unserer Sicht nicht wünschenswert.

Wegen der (auch zukünftig) geringen Fallzahlen sind einzelne 016er Nachrichten im Fachverfahren derzeit nicht umgesetzt.

Von weiteren XPS-Nachrichten als Ersatz für beglaubigte Abschriften würden wir zunächst abraten. Erstens wegen des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen und zweitens wegen Aufgabe des Grundsatzes der Prüfungspflicht des Standesbeamten vor Eintragung von Folgebeurkundungen.